

Vorwort des Regierungsrates

Autor(en): **Luginbühl / Nuspliger**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **Verwaltungsbericht des Regierungsrates, der kantonalen Verwaltung und der Gerichtsbehörden für das Jahr ... = Rapport de gestion du Conseil-exécutif, de l'administration cantonale et des autorités judiciaires pendant l'année ...**

Band (Jahr): - **(2001)**

Heft [1]: **Verwaltungsbericht : Berichtsteil**

PDF erstellt am: **19.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Vorwort des Regierungsrates

Das Berichtsjahr wurde von wichtigen Ereignissen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik geprägt. Der vom Regierungsrat eingesetzte Wirtschaftsrat lieferte im Herbst seinen Bericht «Zukunftsstrategien für den Kanton Bern» ab. In diesem Bericht wird die wirtschaftliche Lage des Kantons analysiert, beurteilt und es werden Empfehlungen für Finanzhaushalt, Bildungspolitik und Kommunikation abgegeben. Am 17. Oktober 2001 nahm der Regierungsrat Kenntnis von diesem Bericht. Die Empfehlungen des Wirtschaftsrates werden weiterverfolgt.

In der November-Session hat der Grosse Rat die Motion «Schuldenabbau in den Finanzplanjahren 2003–2005» (M 194/2001) überwiesen. Mit einer strategischen Aufgabenüberprüfung wird der Regierungsrat das gesamte Angebot an staatlichen Dienstleistungen hinterfragen und prüfen, wo Aufgaben des Kantons abgebaut, gestrafft, verändert oder konzentriert werden sollen. Auf Grund der harten Vorgaben des Parlaments werden dabei auch Sanierungsmassnahmen zu prüfen sein, die eine Rücknahme der flächendeckenden Versorgung mit öffentlichen Gütern und eine vermehrte Zentralität der Aufgabenerfüllung sowie eine spürbare Ausdünnung und Qualitätssenkung des kantonalen Leistungsangebotes mit sich bringen können.

Erstmals seit Beginn der Neunzigerjahre sieht der in der November-Session 2001 vom Parlament zur Kenntnis genommene Finanzplan 2003 bis 2005 für sämtliche Planjahre ein positives Rechnungsergebnis vor. Die Staatsrechnung 2001 wird ausserdem zum vierten Mal nacheinander mit einem Ertragsüberschuss abschliessen. Dies ist allerdings kein Grund für eine finanzpolitische Entwarnung. Gegen Ende des Jahres haben sich die finanzpolitischen Perspektiven für den Kanton Bern durch Entwicklungen auf Bundesebene erneut und rasch deutlich verschlechtert. Zum einen hat der Nationalrat das Steuerpaket 2001 behandelt, welches für den Kanton Bern über den Anteil an der direkten Bundessteuer zu Einnahmehausfällen von bis zu 70 Mio. Franken führen kann. Zum anderen führt ein Entscheid des Eidgenössischen Versicherungsgerichtes bzw.

eine Teilrevision des Krankenversicherungsgesetzes zu Zusatzkosten von jährlich bis zu 110 Mio. Franken. Die in Aussicht gestellten zusätzlichen Gelder der Nationalbank, an denen auch der Kanton Bern partizipieren wird, stellen dazu ein Gegengewicht dar, welches allerdings nicht zu einer grundsätzlichen Tendenzumkehr führt. Trotz einer konsequenten Politik des Regierungsrates ist die finanzpolitische Lage des Kantons damit nach wie vor schwierig, und finanzpolitische Auseinandersetzungen werden auch in Zukunft den politischen Alltag prägen.

Im Berichtsjahr sind zahlreiche wichtige Projekte abgeschlossen oder einen grossen Schritt vorangetrieben worden. Besonders erwähnenswert sind dabei

- das Projekt Neue Verwaltungsführung NEF 2000;
- das Gesetz über die Steuerung von Finanzen und Leistungen (Überweisung an den Grosse Rat);
- die Revision des kantonalen Richtplans (Vernehmlassungs- und Mitwirkungsverfahren);
- das Gesundheitsgesetz (Inkrafttreten am 1. 1. 2002);
- das Sozialhilfegesetz (Inkrafttreten am 1. 1. 2002).

Der Regierungsrat dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kantonalen Verwaltung für ihren grossen Einsatz im Berichtsjahr. Auch in einem erschwerten finanzpolitischen Umfeld will der Kanton Bern gegenüber seinem Personal als verantwortungsbewusster Arbeitgeber auftreten.

Bern, 17. April 2002

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident: *Luginbühl*

Der Staatsschreiber: *Nuspliger*

